

St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung in Kanada, erscheint jeden Mittwoch in Münster, Sask., und kostet bei Vorauszahlung:

\$2.00 . . . per Jahrgang
Einzelne Nummern 5 Cts.

Ankündigungen werden berechnet zu 50 Cents pro Zeile einseitig für die erste Einrückung, 25 Cents pro Zeile für nachfolgende Einrückungen.

Reklamierungen werden zu 10 Cents pro Zeile wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$1.00 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$10.00 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erstklassige katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an ST. PETERS BOTE, Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.



Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Bischofs Sanaevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

17 Jahrgang, No. 9 Münster, Sask., Mittwoch, den 14. April 1920. Fortlaufende No. 841.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Wednesday at Münster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:

\$2.00 per year, payable in advance. Single numbers 5 cents.

ADVERTISING RATES:

Transient advertising 50 cents per inch for first insertion, 25 cents per inch for subsequent insertions. Reading notices 10 cents per line. Display advertising \$1.00 per inch for 4 insertions, \$10.00 per inch for one year. Discount on large contracts. Legal Notices 12 cts. per line non-rev. 1st insertion, 8 cts. later ones.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to ST. PETERS BOTE, Münster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Wien. Die Tuberkulose-Sterblichkeit in Wien hat seit dem Inkrafttreten des Bassenstilstandes weitere fürchtbare Fortschritte gemacht. Die Tuberkulose Todesfälle unter den Frauen betragen 1918 bereits 180.5 Prozent der Todesfälle von 1914, in den ersten 7 Monaten 1919 über 185.4 Prozent der Tuberkulose Todesfälle in den gleichen Monaten des Jahres 1914. In Favoriten ist, wie die „Amichau“ mitteilt, die Zahl der Tuberkulose Todesfälle unter Frauen von 1914 bis 1918 auf 191.9 Prozent gestiegen. Unter den Frauen sind insbesondere die jugendlichen schwerer betroffen. Unter den 16-30-jährigen betrug die Tuberkulose-Sterblichkeit in ganz Wien 113 Prozent. Noch schwerer betroffen ist das Kindesalter; die Tuberkulose Sterblichkeit unter den 11-15-jährigen ist um 180 Prozent gestiegen; es sterben heute also in diesem Alter nahezu 3mal so viel Kinder an Tuberkulose als 1914.

Im Haag. Die holländische Regierung hat wiederum eine Note in Sachen des Ex-Kaisers erhalten und es wird angenommen, daß hiermit der Vorenthiel zu Ende sein wird. In der Note wird, wie es heißt, von den Alliierten nochmals erklärt, daß Holland für irgend welches Unheil, das dadurch entstehen mag, daß Holland dem Ex-Kaiser das Asylrecht zuerkannt hat, verantwortlich gehalten werden wird.

Kopenhagen. Das neue Ministerium Friis, das gebildet worden ist, scheint sich zu bewähren. Dementselben ist es gelungen, den Streit beizulegen. Die Wiedereinsetzung von S. P. Hanjen als Kommissar der Schleswigher Angelegenheiten hat bei denjenigen große Genugtuung hervorgerufen, die allen Annegationsgelüsten in der deutsch-schleswigher Zone opponieren.

London. Die britischen Schiffsbauer legen Wert auf den Bau besonders großer Schiffe, wie aus einem Bericht an das Handelsamt hervorgeht. Am 1. März waren 55 Schiffe von mehr als 10,000 Tonnen auf britischen Werften im Bau, darunter 22 von mehr als 15,000 Tonnen. Vollständige Statistiken für 1919 zeigen, daß im ganzen 612 Handelsschiffe von 1,620,442 Tonnen vom Stapel liefen. Während des ganzen Jahres wurde kein einziges Segelschiff vollendet.

Eine Depesche aus Ballinastee an den „Daily Herald“ meldet, daß die landlosen Leute in der Grafschaft Galway in Irland in einer Erhebung begriffen seien, die einen großen Umfang angenommen habe. Von sechshundert Jahren Altem Land seien die Besitzer verjagt und zwanzigtausend Stück Rindvieh seien fortgetrieben worden. Die Eigentümer ständen weinend auf den Straßen. Landbesitzer, die sich widersetzen, würden niedergeschossen.

Dublin, Irland. Während die befürchtete große Ostererhebung in Irland ausblieb, fanden in manchen Gegenden Aufrührer von untergeordneter Bedeutung statt, die nach der Schätzung von britischen Beamten einen Sachschaden von \$500,000 verursachten, der von den Steuerzahlern getragen werden muß. Der Süden von Irland sieht fast gänzlich unter dem Belagerungszustand. Der Norden ist vollständig von telegraphischen Verbindungen abgeschnitten.

Infolge der Aufrührer sind mehr als 500 Sinn Feiner in einer Reihe von Hausdurchsuchungen verhaftet worden. An der Rolle der Admiralität in Queenstown wehte die Flagge der irischen Republik. Die Taue waren durchgeschnitten und die Flaggenstange eingeseilt worden. Die eingegangenen amtlichen Berichte zeigen, daß wenigstens 71 Polizeibarracken und 22 Einkommensteuerämter niedergebrannt worden sind. Man glaubt, daß diese Zahlen sich vergrößern werden, wenn unterbrochene Verbindungen wiederhergestellt sind. Berichte über lokale Aufrührer laufen noch fortgesetzt ein.

Der anscheinend gesicherte Erfolg der neuen Homerule Vorlage und Beschuldigungen in der Londoner Presse, daß der unlangst ermordete Lord Mayor von Cork von den Sinn Feinern getötet worden sei, haben einen Proteststurm gegen die britische Herrschaft in Irland entfesselt. Die Zeitungen der Provinz einmütig den neuen Plan des Premierministers für Selbstverwaltung. Die Vorlage überliefert drei Viertel von Irland der Anarchie, sagt die Irish Times. Der Vorsitzende des Verbands stellt in Abrede, daß Sinn Fein, deren Mitglied er war, den Bürgermeister MacCurtain getötet haben.

Paris, Frankr. Jugo-Slawische Truppen haben Tarabosh, den Schlüssel zur Stellung von Sutari, eingenommen, wie nach Paris gemeldet worden ist. Tarabosh liegt im Gebirgsraum und ist instand, Sutari, das die Italiener besetzt halten, durch Artillerie zu beherrschen. Die Jugo-Slawen sollen bereits Geschütze aufgeföhren haben.

Triest. Die italienische Regierung hat Gabriele d'Annunzio benachrichtigt, daß sie den Plan des Präsidenten Wilson für die Erledigung der Fiumefrage annehmen muß. Premier Ritti hat einen speziellen Voten mit der Entscheidung der italienischen Regierung nach Triest entsandt.

London. Einer drahtlosen Meldung der Sowjet Regierung in Moskau zufolge sind die Bolschewiki Truppen bis nach Petrowok am Kaspiischen Meer im nördlichen Kaukasus vorgezogen. Der Ort wurde von Kavallerie besetzt. Der Schlüsselpunkt Wladikawkaz an der Bahnlinie nach Petrowok, halbwegs zwischen dem Kaspiischen und dem Schwarzen Meer, wurde von roten Truppen ebenfalls besetzt. In Petrowok erbeuteten die Bolschewiki fünf Panzerzüge und enormes Kriegsmaterial. Alle Petroleumquellen wurden in guter Ordnung gefunden, als die roten sie erreichten, besagt die Meldung.

Theodosia, Krim. Eine Offensive der Bolschewiki in der Krim steht bevor, wie man glaubt, und der Kampf kann jeden Augenblick ausbrechen. General Denekin, der bolschewikfeindliche Führer im südlichen Russland, soll sein Kommando niedergelegt haben und seine Armee, die hunderttausend Flüchtlinge schützt, von Vernichtung bedroht sein. Theodosia ist der wichtigste Punkt in der Krim, wo die bolschewikfeindlichen Truppen ihren letzten Widerstand leisten werden. Die Stadt ist der Stützpunkt der freiwilligen Armee und der alliierten Flotte. Vorräte verschiedener Art, besonders Lebensmittel, sind knapp

und die Lage droht bedenklich zu werden. Wladikawkaz. Die japanische Fahne weht jetzt über dieser Stadt. Nach achtstündigem schwerem Kampf nahmen die Truppen den Ort. Revolutionäre Beamte wurden deportiert, alle Russen sind entwaffnet.

Paris. Ein hier befindlicher chinesischer Diplomat hohen Ranges ließ verlauten, daß China sich kurzer Hand gewillt habe, die japanischen Vorschläge bezüglich Scharntungen anzunehmen. Er sagte, daß die chinesische Regierung mit der japanischen Regierung nicht in Unterhandlungen treten würde, bis das japanische Auswärtige Amt davon zurückgehe, seine Ansprüche auf die deutschen Rechte in der Halbinsel auf die 21 Forderungen zu stützen die in dem im Jahre 1915 China von Japan aufgezwungenen Abkommen enthalten seien.

Zur Lage in Deutschland

Paris, 3. April. Premier Millerand sandte heute eine neue Note an den deutschen Geschäftsträger von Mayer, welche die sofortige Zurückziehung deutscher Regierungstruppen aus dem Ruhr-Distrikt verlangt. Millerand wiederholte, daß Frankreich das Recht hat rheinische Städte zu besetzen, wenn Deutschland den Vertrag weiter verlegt. Der Geschäftsträger hatte darauf hingewiesen, daß die Kommunisten der Ruhr gegen die mit den russischen Sowjets in Moskau durch Funkentscheidungen in Fühlung stehen und daß sofortige Maßnahmen zur Verhütung eines neuen Ausbruchs der deutschen Not nötig seien, um eine Sowjetrepublik in der Industriezone von Westfalen zu errichten. Frankreich sieht heute auf dem Standpunkt, daß die Gefahr der Ruhr Revolution vorbei ist und daß die Sowjetdrohung eine Finte der Deutschen sei, um die Ausführung des Friedensvertrages zu vermeiden.

Paris, 6. April. Nach amtlicher Ankündigung sind französische Truppen heute in Frankfurt und Darmstadt eingezogen. Die Truppen betreten die beiden deutschen Städte gleichzeitig um fünf Uhr früh. Sie fanden nur Ortspolizei die keinen Widerstand leistete. Während der Nacht hatten sich die Garnisonen der deutschen Reichswehr zurückgezogen. Die Franzosen werden auch Homburg, Hanau und Dieburg besetzen. Eine Proklamation von General Degoutte erklärt, daß keine Kämpfe stattfinden werden, falls vollständige Ordnung gewahrt wird. Ein Belagerungszustand ist in Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Höchst, Königstein, Dieburg, Langenschwalbach und Wiesbaden verhängt. Der Betrieb des öffentlichen Dienstes wird unter französischer Leitung weitergehen. Streiks und Ansammlungen von mehr als fünf Personen sind verboten. Zeitungen dürfen nicht erscheinen. Telegraph, Telephon und Post sind unter militärische Zensur gestellt. Nach der Proklamation müssen alle Waffen außer der regelmäßigen Polizei, sofort im Rathaus abgeliefert werden. Alle Uebertretungen der Befehle von General Degoutte werden durch Kriegsverbrechen bestraft.

Berlin, 6. April. Laut amtlicher Mitteilung verloren die Regie-

truppen bei frischen Kämpfen in dem von Duisburg, Dortmund und Essen gebildeten Dreieck zweihundert Tote. Außer in diesem Dreieck wird die Ruhe im Ruhrgebiet allmählich wiederhergestellt.

Paris, 6. April. Premier Millerand teilte dem deutschen Geschäftsträger von Mayer heute den befohlenen Vormarsch amtlich mit. Die Note sagt, daß die Franzosen aus den besetzten Städten abzuziehen werden, sobald die neutrale Zone von den deutschen Truppen völlig geräumt ist.

Berlin, 7. April. Eine amtliche Erklärung brandmarkt die Besetzung deutscher Städte in der neutralen Zone östlich vom Rhein durch französische Truppen. Die Regierung wird gesagt, „hat alles zur Verhinderung dieses unerhörten Vorgehens getan, das weder im Einklang mit dem Sinne und Umfang des Friedensvertrages steht und ganz außer Verhältnis zu unseren unbedeutenden Maßnahmen in der Ruhr-Gegend ist.“

Vereinigte Staaten

Washington. Am 9. April wurde der gemeinsame republikanische Beschluß, welcher den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt und die meisten Kriegsmassnahmen außer Kraft setzen soll, im Repräsentantenhaus mit 242 gegen 150 Stimmen angenommen. 22 Demokraten stimmten mit den Republikanern, während 2 Republikaner sich auf die Seite der Demokraten stellten. Der Beschluß wurde hierauf dem Senate zur Begutachtung oder Ablehnung überreicht.

Unbereitschaft der Ver Staaten war an der fürchterlichen Verschwendung an Leben und Geld direkt Schuld, sagt Senator Wadsworth, Republikaner aus New York. Er eröffnete die Diskussion der dem Militärkomitee vorgelegten Vorlage auf Reorganisation der Armee. Der Senator rechtfertigte den Komiteevorschlag auf militärische Ausbildung von jungen Männern zwischen 18 und 21 Jahren und erklärte es für ungerecht, von den Veteranen des großen Krieges noch weiter die Rolle als Landesverteidiger zu verlangen, welche den Jüngeren rechtmäßig zufalle. Nach dem Senator von New York hebt die Vorlage die Abhängigkeit des Landes von gemeinen Soldaten hervor und gibt dem Soldaten die vorherige Ausbildung, damit er im Kampfe Aussicht hat, sein Leben zu erhalten. Der Senator sagte, daß die Kosten der obligatorischen Ausbildung 654,000,000 nicht übersteigen werden. Der Senator erklärte, daß die vom Generalstab vorgeschlagene Reorganisationsvorlage unsere demokratischen Einrichtungen verlege. Die Vorlage des Komitees dagegen ermöglicht eine Armee auf demokratischer und sparsamer Grundlage. Das Haus nahm bereits die Reorganisationsvorlage an, die jedoch die Teile über allgemeine Ausbildung gänzlich streicht.

Chicago, Ill. Der ganze mittlere Westen war zur Osterzeit sozusagen unter Schnee begraben. Ein heftiger Wind setzte ein, und der Schneesturm tobte in ungeheurer Kraft durch Kansas, Missouri, Illinois, Michigan, Indiana. Stellenweise lag der Schnee zwei Fuß tief, und der Eisenbahnverkehr war allenthalben fast gestemmt.

Die Alliierten billigen nicht Frankreichs Vorgehen.

London, 9. April. Nach einer langen Besprechung des französischen Botschafters Paul Cambon mit Premier Lloyd George wurde eine autoritative Erklärung ausgegeben, monach Frankreich bei Besetzung deutscher Städte völlig aus eigenem Antrieb gehandelt hat. Großbritannien, die Ver. Staaten, Italien und Belgien waren alle gegen den Plan und Frankreichs Vorgehen hat eine heftige Lage geschaffen. Die Erklärung nennt verschiedene Vorschläge zur Behandlung der Lage im Ruhrgebiet, darunter Beigabe alliierter Offiziere zu den deutschen Truppen, um den deutschen Abzug zu überwachen. Weiter sagt die Erklärung: Die deutsche Regierung scheint voreilig gehandelt zu haben, und Frankreich antwortete durch Ausführung eines Plans, der nur als ein letztes Mittel beabsichtigt war und selbst dann die Angelegenheit der Alliierten und nicht einer einzelnen Macht hätte sein sollen. Alle anderen Alliierten waren der Ansicht, daß die Aufgabe der Wiederherstellung der Ordnung Deutschland zufallen solle, und waren gegen Heranziehung ihrer regulären Truppen, außer als ein letztes Mittel, zur Uebernahme polizeilicher Pflichten. Nach der „Times“ scheint es, daß die britische Regierung ihr Mißfallen an der französischen Politik ausdrückte, was die Krise in den englisch-französischen Beziehungen herbeiführte.

Die ungebildeten „Foreigners“.

In einem editoriellem Aufsatz glaubte die „Free Press“ von Winnipeg letzte Woche ihre Leser warren zu müssen vor dem Einflusse fremdsprachiger Bewohner Manitobas, die sie als eine Gefahr bezeichnet für das System der öffentlichen Schulen der Provinz. Mit Genugtuung hebt sie hervor, daß mit der Abschaffung der zweisprachigen Schulen in 1916 die Balkanisierung Manitobas vermieden wurde, andernfalls Manitoba ein kleines Dehherreich-Ungarn geworden wäre. Da der „Nordwesten“ ein beherztes Wort zu Gunsten der deutschen Sprache und der verfolgten Minderheiten gesprochen hat, so spottet sie über ihn und malt ihren Lesern vor, daß das provinzielle öffentliche Schulsystem in Gefahr steht, von den Fremdsprachigen vernichtet zu werden. — Unsere im öffentlichen Leben stehenden, einflussreichen Männer in West-Canada gebärden sich wahrhaftig wie Kinder, wie dumme, einseitige Jungens. Während man die Fremdsprachigen vor dem großen Kriege mit Lobespenden überhäufte und um ihre Gunst buhlte, trachtet man jetzt, sie auf jede Weise zu verärgern. Beständig sucht man an ihnen herum. Man kann wahrhaftig keine öffentliche Versammlung, kein Meeting, keine Konvention mehr abhalten, ohne langschweifige Reden zu tun über die „ungebildeten Foreigners“. Wenn das natürliche Gefühl es wert wäre, könnte man ein ganzes Buch anfüllen mit den lächerlichsten Beschläffen, die im Laufe der letzten vier, fünf Jahre über die Fremdsprachigen auf den verschiedenen Konventionen gefaßt wurden, mit den kindischsten Reden, die bei solchen Konventionen von Gebildet-

sein Willenden gehalten wurden, und mit den Brausen über Assimilation, Education, Canadianisierung, usw., die da gefallen sind.

Wären die „Foreigners“ gut vor dem Kriege, warum sollen sie jetzt nicht mehr taugen? Haben sie ihre Loyalität in den letzten fünf Jahren nicht glänzend bewährt, trotz der behändigen Vormünderi und Schikanierung von Seiten der Großmaul-Patrioten? Wer hat sich dann geändert? Nicht die „Foreigners“. Ergo, die Großmaulhelden. Warum läßt man denn die Eingewanderten nicht in Ruhe. Warum verquält und verbittert man ihnen auf Schritt und Tritt das Leben? Ist das die vielgepriesene Freiheit eines demokratischen Landes? Man lasse ihnen doch Zeit, die englische Sprache zu erlernen. Eine fremde Sprache lernt man nicht im Handumdrehen. — Hier müssen wir jedoch bemerken, daß wir, während der ganzen Zeit, da der St. Peters Bote in englischer Sprache erscheinen mußte — vom 9. Okt. 1918 bis 7. Jan. 1920 — noch keine 200 deutsche Leser verloren haben. Warum? Weil fast alle neben der deutschen Sprache auch die englische beherrschen. Wie viele aber von den Großmaulhelden, die uns stets ihre Vormundhaft aufdrängen und uns belehren wollen, sind im Stande, neben ihrem oft ganz erbärmlichen Englisch noch eine zweite Sprache zu sprechen? Wäre es nicht hundertmal besser, wenn diese Schreihäuser den Falken aus ihren eigenen halbblinden Augen herauszögen, als daß sie sich beständig wie ungezogene Buben damit befassen, den Splitter aus ihres Bruders Auge zu ziehen.

Das hochgepriesene Public Schul-System in Manitoba steht in Gefahr vernichtet zu werden. Von wem? Von den „Foreigners“. Die „Free Press“ sagt so. Endig schade, wenn dem so wäre, nicht wahr? Hören wir, was Dr. C. E. Clarke von der medizinischen Fakultät von Toronto letzte Woche (8. April) vor 800 verammelten Lehrern in Saskatoon von dieser hochgepriesenen Public Schule sagte. Er nannte die Public Schulen Treibhäuser für angehende Verbrecher. Dieser Dr. Clarke sagte uns, daß er Beispiele aus Toronto Public Schulen anführen könnte, wo 13-jährige Mädchen bereits Mütter wurden, und zwar unterheiratete Mütter, während andere im gleichen Alter bereits Leben der Schande begonnen hätten. Es seien da Mädchen von 12-13 Jahren gefunden worden, die bereits mit venerischen Krankheiten behaftet gewesen wären. Ebenso hörte man Krabben mit höchst unmoralischen perversen Gewohnheiten ausfindig gemacht. — Das sind schöne Dinge, die da ein Fachmann über das hochgepriesene Public-Schul-System in Canada in öffentlicher Versammlung in Saskatoon am 8. April 1920 vor 800 Schullehrern und Lehrern als Tatsachen vorführte! Kann man anderes von Schulen erwarten, aus denen der Herrgott, das Kreuzifix, die Religion verbannt ist, oder, wenn es gut geht, erst eine halbe Stunde am Nachmittag vor Schluß Religion gelehrt werden darf? Und dieses hochgepriesene Schulsystem steht in Gefahr, von den „Foreigners“ vernichtet zu werden. Die „Free Press“ sagt so. Und quod dixi, dixi. Quid est veritas?